

Aussöhnung ist nötig

«Kirche blitzt beim Bundesgericht ab», «Zentralschweiz am Sonntag» vom 3. Februar

Ungut ist und unschön bleibt, was da Obrigkeiten der Katholischen Kirche Stadt Luzern angerichtet haben: machen einen Tanz, weil der Islam kritisch durchleuchtet wird. Beschuldigen, kündigen und entlassen ihren Kritiker Bannwart, einen verdienten Religionslehrer. Vergrämen dadurch die Schüler, die Dispens einlegen. Verlieren beim Kantonsgericht wegen unrechtmässiger Entlassung. Sprechen von weiterem Fehlverhalten. Prägen den Satz, dass strafrechtlich nichts Relevantes passiert sei. Beschwerden sich ohne Erfolg beim Bundesgericht. Wie wärs, wenn sie nun vom Elfenbeinturm stiegen und sich mit Herrn Bannwart aussöhnten?

HANSRUEDI BÜHLER, EMMENBRÜCKE

Spass und Spassverderber

Zur Fasnacht

Der Crowd-Mänätscher dieser Zeitung ist eine sehr gelungene Umsetzung der städtischen Vorgaben betreffend der bestellten Crowd-Analyse! Pragmatisch, flexibel, wirtschaftsfreundlich – Bravo! Weiter so mit kritischen Fragen über den Sinn von externen Dienstleistungen, die durch unsere Behörden bestellt worden sind. Bitte teilen Sie Ihrem externen Mitarbeiter noch mit, dass er sich nicht scheuen soll, zusätzlich noch mit Grafiken und Statistiken zu arbeiten – denn die machen immer ganz besonderen Eindruck und sind daher (besonders) in Betriebswirtschaftler-Kreisen immer sehr beliebt! Es lebe die Fasnacht 2016!

CHRISTIAN MEIER, ROGGWIL

Als Fan der Guuggenmusik Amok-Symphoniker in Kriens möchte ich mich an die Diebe wenden, die an der letztjährigen Fasnacht deren Bronze-Statue auf dem Kreisel beim Friedhof in Kriens entwendet haben. Es wäre doch die beste Gelegenheit, die Statue an der diesjährigen Fasnacht an denselben Ort zurückzustellen. Das wäre für alle Krienser Fasnächtler eine grosse Freude.

TRUDY AMSTUTZ, KRIENS

Trompete, wo bist du? Niedergeschmettert, frustriert und ohne meine bestens behütete schwarze Trompete musste ich am Schmudo nach einem kurzen Toilettengang in der Bahnhofstrasse zu meiner kleinen Musikformation zurückkehren. Während ich meine Notdurft an einer Toi verrichtete, stellte ich dich neben mich auf den Boden. Geschäft erledigt, wandte ich mich zu dir, und du warst nicht mehr da. Im abgesperrten Toi-Bereich hat sich jemand am helllichten Tag herangeschlichen, den Moment meiner Unachtsamkeit ausgenutzt, und schon warst du weg. Der Schmudo war für mich zu Ende. Hoffentlich hast du es mindestens so gut wie bei mir. Ich vermisse dich.

FRANZ HENSELER, GISIKON



Abend auf dem Zugerberg

Unser Leser verbrachte neulich den Abend auf der Hochwacht am Zugerberg – und fing ein fantastisches Abendrot ein – der Ausblick war dank Föhnlage einzigartig.

Leserbild Daniel Hegglin, Zug

Käme uns ein Ja billiger oder teurer?

Zur Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative am 28. Februar

Es warten bereits rund 4000 Personen auf eine Ausschaffung, die aber nicht vollzogen werden kann. Weil das Herkunftsland nicht klar ist, weil die Papiere fehlen oder weil sich die Herkunftsländer (zum Beispiel Tunesien, Marokko) weigern, die Betroffenen zurückzunehmen. Auch mit der Durchsetzungsinitiative ändert sich in diesem Bereich gar nichts.

In ihren Inseraten suggeriert die SVP, dass die Mehrheit der Delikte von Ausländern verübt wird. Sie verschweigt aber, dass der grösste Anteil von Kriminaltouristen stammt, die ohnehin ausgewiesen werden und von der Durchsetzungsinitiative nicht betroffen sind.

Die SVP spricht immer vom Sparen. Bei einer Annahme dieser Initiative würden sich die bereits hohen Kosten im Justizbereich und im Strafvollzug nochmals massiv erhöhen. Die Durchsetzungsinitiative wird zu Juristenfutter, weil zahlreiche Wegweisungen über – vom Staat bezahlte – Pflichtverteidiger jahrelang angefochten werden können.

Die Durchsetzungsinitiative verlangt, dass auch Secondos, mit zum Teil geringfügigen Delikten, für mindestens fünf Jahre ausgewiesen werden. Die Familie aber bleibt hier. Von den SVP-Leadern – Blocher, Brunner, Amstutz, Rutz – habe ich erstaunlicherweise noch nie gehört, wer für die Familien sorgt, die in der Schweiz zurückbleiben (etwa Milliardär Blocher?). Wenn ein Secondo-Familienvater in den Balkan oder nach Spanien ausgewiesen wird, verdient er höchstens 300 bis 1000 Euro im Monat, sofern er eine Stelle findet. Wie soll er damit für seine in der Schweiz verbliebene Familie aufkommen? Das Gemeinwesen ist bereits genug belastet. Wollen wir wirklich noch zusätzliche, nicht absehbare hohe Kosten einbauen? Die Durchsetzungsinitiative geht unter «Buurefängerei».

HANS STUDER, EHEMALIGER DIREKTOR DER STRAFANSTALT WAUWILERMOS, SURSEE

Bei allen Diskussionen fällt auf, dass stets die Täter im Vordergrund stehen. Wer denkt an die bisherigen oder künftigen Opfer? Selbst ein simpler Einbruch kann traumatische Folgen haben – geschweige denn Delikte gegen Leib und Leben oder – besonders aktuell – die sexuelle Integrität der Frauen. Durch die Annahme der Durchsetzungsinitiative wird ein Signal gesendet, wonach eine härtere Gangart erwünscht ist. Ich sehe darin viel Präventionspotenzial. In «Härfällen» finden die Politik und die Justiz immer wieder einen Weg, den Willen des Volkes abzuschwächen (siehe Beispiel Verwahrungsinitiative). Es gibt nach wie

vor genügend Schlupflöcher für Delinquenten (zum Beispiel die kantonale Begnadigungsbehörde und auf der eidgenössischen Ebene die Möglichkeit einer Begnadigung durch die Vereinigte Bundesversammlung). Die Durchsetzungsinitiative wirft in der Detailgestaltung allenfalls Fragen auf und wird deshalb vom gegnerischen Lager mit Populismusvorwürfen überhäuft. Dennoch scheint mir ein «Ja» empfehlenswert als Zeichen gegen «Kuscheljustiz» und Resignation vor Kriminellen.

RUDOLF FRAUCHIGER, EMMENBRÜCKE

Die SVP erhebt immer mehr den Anspruch, das Volk zu sein, obwohl sie nur eine Minderheit repräsentiert. Zudem sieht sie sich als die scheinbar einzige Bewahrerin unserer Demokratie. Dabei ignoriert sie aktuell mit der Durchsetzungsinitiative unsere in der Bundesverfassung festgelegten Spielregeln der Demokratie auf fahrlässige Weise.

Das Rückgrat unserer staatlichen Institutionen ist gemäss Verfassung die Gewaltentrennung in Exekutive, Legislative und Judikative. Nach Annahme der SVP-Ausschaffungsinitiative war es die schwierige Aufgabe des Parlamentes, ein Gesetz zur Umsetzung dieses Verfassungsartikels auszuarbeiten. Als Druckmittel auf das Parlament lancierte die SVP eine Durchsetzungsinitiative, die eine radikale Umsetzung der Ausschaffungsinitiative fordert. Die Gesetzesvorlage des Parlamentes selber wurde schliesslich unter diesem Druck mit weitgehenden Kompromissen an die SVP verabschiedet. Doch dies genügt der SVP nicht. Sie beharrt auf die Volksabstimmung über ihre Durchsetzungsinitiative. Diese SVP-Initiative hebt somit das Parlament als Gesetzgeber aus. Ferner belastet sie die Verfassung mit nicht vollziehbaren, rechtsstaatlich unhaltbaren Ausschaffungskriterien, sie setzt die Gewaltentrennung ausser Kraft, da den Richtern kein Ermessensspielraum mehr bleibt. Sie steht im Widerspruch zu Bestimmungen des Menschenrechts. Ist dies nun die Demokratie, die wir wollen? Wer hätte bei der Annahme den internationalen Imageverlust, den die Schweiz erleiden würde, zu verantworten?

WALTER TRUTMANN, SARNEN

Aufgrund der massiven Kampagne der Anti-SVP-Front könnte man annehmen, dass es am 28. Februar um die Existenz der Schweiz, ihrer Werte und der hiesigen Wirtschaft gehe. Dass dem nicht so ist, sei nachstehend dargelegt:

Ausgeschafft würden maximal 10 000 kriminelle Personen pro Jahr, bei einer Nettozuwanderung von inzwischen weit über 100 000 Menschen (inklusive Asylsuchenden) im gleichen Zeitraum. Dies

schadet der Wirtschaft nicht. Denn mehr Sicherheit stärkt sie im Gegenteil, und immense Sozialkosten für nicht integrierbare Kriminelle würden wegfallen.

Hätte das Parlament die vom Volk im November 2010 mit 52,9 Prozent angenommene Ausschaffungsinitiative ohne Härtefallklausel umgesetzt, so wäre die Durchsetzungsinitiative von der SVP wieder zurückgezogen worden. Da dies leider nicht der Fall war, musste die SVP daran festhalten, sonst wäre der Volkswille umgangen worden.

Es ist stark zu vermuten, dass es den Gegnern nur darum geht, einen weiteren SVP-Erfolg um jeden Preis zu verhindern. Nur so ist es zu erklären, dass FDP-Präsident Müller den Zweihänder nimmt und das Volksbegehren als Anschlag auf die Schweiz darstellt. Fazit: Wenn das Volk die Durchsetzungsinitiative nicht annimmt, wird die Schweiz durch die unheilige Allianz der Linken und Netten bald zum Hauptanziehungspunkt von Verbrechern aus aller Welt.

ROBERT FURRER, OBERKIRCH

Seit einiger Zeit blökt ein schwarzes Schaf von den Plakatwänden und verspricht «endlich Sicherheit in unserem Land» dank der Durchsetzungsinitiative. Weiss dieses Schaf nicht, dass es erstens immer wieder neue Täter gibt und zweitens die Hälfte der Vergewaltigten in unserem Land Schweizer Bürger sind? Wohin können wir diese ausweisen?

ROSMARIE DORMANN, EHEMALIGE NATIONALRÄTIN CVP, ROTHENBURG

Die Befürworter der Durchsetzungsinitiative vergleichen Verhältnismässigkeit oft mit Fussball: Eine rote Karte ist eine Ausschaffung. Zwei gelbe Karten geben eine rote Karte. Somit erhalte jeder eine zweite Chance. Denken wir den Vergleich zu Ende, hinkt er gewaltig. Im Fussball können alle Spieler eine rote Karte bekommen, nicht nur die Gastmannschaft. Es gelten für alle Spieler die gleichen Regeln. Ausserdem gibt es einen Schiedsrichter. Die Initianten der Durchsetzungsinitiative möchten aber den Schiedsrichter abschaffen. Stattdessen soll der Fanblock der Heimmannschaft entscheiden! Kein neutrales Abwägen der konkreten Spielsituation, dafür ein ziemlich lockerer Umgang in der Kartenverteilung. Gelb sehen die Spieler der Gastmannschaft nicht nur für ein böses Foul, das die Gesundheit des Gegenspielers gefährdet, sondern auch für ein Offside, einen Fouleinwurf oder eine Zeitverzögerung. Wer will schon solchen Fussball sehen? Deshalb ein Nein zur Durchsetzungsinitiative, weil wir nicht nur fairen Sport, sondern auch einen fairen Staat wollen.

PETER SCHILLIGER, NATIONALRAT FDP UND FUSSBALLFAN, UDLIGENSWIL

Fehlplanung in Rothenburg

«Rothenburg: Weniger Busse – mehr Gedränge», Ausgabe vom 5. Januar

Nirgends auf der Welt ist der öffentliche Verkehr so teuer wie in der Schweiz. Trotzdem sind die Züge und Busse in der Zentralschweiz zu den Pendlerzeiten randvoll. Umso unbegreiflicher und stossender ist, dass seit dem letzten Fahrplanwechsel ein Leistungsabbau stattgefunden hat. Auf der Achse Rothenburg–Luzern Bahnhof beträgt er 50 Prozent. Jeder zweite Bus fährt nicht mehr bis zum Bahnhof Luzern. Vom Kasernenplatz bis zum Bahnhof Luzern wurde für viel Geld eine durchgehende Busspur errichtet. Wieso lassen wir jetzt die Busse nicht auf dieser Busspur fahren?

Der Fahrplan ist so kompliziert und unverständlich geworden, dass bereits viele Pendler, so wie ich, ihr Passepartout-Abo nicht mehr verlängern und wieder mit dem Auto in die Stadt fahren. Und zum Einkaufen auf die umliegenden Shoppingcenter ausweicht.

Auch in Rothenburg wurde grob fehlgeplant. Wieso wurde die Fussgängerunterführung beim Bahnhof Rothenburg Dorf zugemauert? Die Umsteigedistanz zwischen Zug und Bus in Rothenburg Station beträgt 600 Meter. Bus und Zug hielten früher nebeneinander. Die Planer des Verkehrsverbundes Luzern haben schlechte Arbeit gemacht und wollen im Nachhinein die Sache schönreden und ihre Kunden (Pendler) umerziehen. Verlierer sind auch die Stadt Luzern, ihre Gewerbetreibenden und Einkaufsgeschäfte.

RENÉ DEMIERRE, ROTHENBURG

Warnung vor China

«Die Syngenta-Übernahme ist erst der Anfang», Ausgabe vom 5. Februar

Liest man die Einschätzung von Felix Lee über die Einkaufstour chinesischer staatlicher und halbstaatlicher Firmen in Europa, stellen sich Fragen. Bundesrat Schneider-Ammann scheint sehr glücklich über solche Übernahmen. Bei Syngenta seien Arbeitsplätze (wohl) gesichert, China sei ein solider und verlässlicher Partner, wie er selber weiss.

Was ist aber solid, auf was kann man sich verlassen? China kauft in sehr vielen afrikanischen Staaten Bohr- und Schürfrechte für Bodenschätze ein und erwirbt Eigentum – und bezahlt dafür mit asphaltierten Strassen und Geschenken an Regierungsmitglieder. Es erwirbt dort Eigentum und strebt die wirtschaftliche Beherrschung dieser Staaten an. Wenn man dies bedenkt, erhält die Masse der Firmenübernahmen in Europa eine ganz andere, strategische Bedeutung.

Die kurzfristige Sicherung von Arbeitsplätzen in Europa darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass nun still und leise der Einfluss dieses wirtschaftlichen Riesen auf die ganze westliche Hemisphäre ausgedehnt wird. Es wird der Zeitpunkt kommen, an dem weder westliche Regierungen noch und schon gar nicht Gewerkschaften gegen die Entscheide und Massnahmen des chinesischen Drachens in der Weltwirtschaft etwas auszurichten vermögen.

Wir sind noch allzu stark in der militärischen Optik des kalten Krieges verhaftet, gefährlich sind Armeen mit Soldaten, Panzern und Atomsprenköpfen. Zurzeit wirken auch die Terrorismusgefahr und die Destabilisierung unterhalb der Kriegsschwelle mit der Völkerwanderung durch Flüchtlinge lähmend. Bei all diesen Problemen scheinen wir die Augen zu verschliessen für die neuartige Gefahr einer wirtschaftlichen Besatzung, die tatsächlich – wie es Schneider-Ammann formuliert – solide und verlässlich ist. Das müsste unsere Strategen in Bern, die nicht Schneider-Ammann unterstellt sind, aufwecken.

THOMAS INEICHEN, RECHTSANWALT UND NOTAR, LUZERN